

Kunstrecht

von

Dr. Andreas Dustmann, Dr. Klaus Ebling, Robert Kirchmaier, Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Reinhart Rüsken, Dr. Gernot Schulze, Dr. Marcel Schulze, Prof. Dr. Kurt Siehr

2. Auflage

[Kunstrecht – Dustmann / Ebling / Kirchmaier / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Kunst- und Theaterrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62699 9

beck-shop.de

Ebling/Schulze

Kunstrecht

beck-shop.de

Kunstrecht

Herausgegeben von

Dr. Klaus Ebling

Vizepräsident des Bundesfinanzhofs a. D.,
München

Dr. Marcel Schulze

Publizist, München

2. Auflage

Bearbeitet von

Dr. Andreas Dustmann, LL.M., Rechtsanwalt, Berlin;
Dr. Klaus Ebling, Vizepräsident des Bundesfinanzhofs a. D., München;
Robert Kirchmaier, Leitender Regierungsdirektor, München;
Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Rechtsanwalt, Potsdam;
Reinhart Rüsken, Richter am Bundesfinanzhof, München;
Dr. Gernot Schulze, Rechtsanwalt, München;
Dr. Marcel Schulze, Publizist, München;
Prof. Dr. Dr. h. c. Kurt Siehr, M. C. L., Hamburg



Verlag C. H. Beck München 2012

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 9783406626999

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: Druckerei C. H. Beck
(Adresse wie Verlag)

Druck und Bindung: fgb · freiburger graphische betriebe
Bebelstr. 11, 79108 Freiburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur 2. Auflage

Seit der 1. Auflage 2007 haben sich zahlreiche Neuerungen ergeben. Die 2. Auflage wurde daher völlig überarbeitet und erweitert. Umfangreiche Gesetzesänderungen, neue Verwaltungsanweisungen und eine Flut von Rechtsprechung sowie eine Vielzahl neuer Fachveröffentlichungen und neue Entwicklungen im Kunstbereich haben zu einer erheblichen Stofffülle geführt, die es bei der Vorbereitung der 2. Auflage zu bewältigen galt. Dafür, dass dies gelungen ist, gebührt den Autoren besonderer Dank. Sie haben mit ihrem Engagement die wissenschaftliche Qualität des Werkes weiter erhöht. Der Rechtsstand 1. März 2012 gewährleistet zudem höchste Aktualität.

Zu danken ist ferner den zahlreichen Nutzern des Werkes, die mit ihrer konstruktiven Kritik zur Verbesserung des Handbuchs nachhaltig beigetragen haben. Ihre Anregungen und Verbesserungsvorschläge wurden mit großem Interesse aufgenommen und im Rahmen der umfassenden Neubearbeitung sämtlicher Rechtsgebiete, einschließlich der gleichzeitig vorgenommenen Erweiterung von Themenbereichen, weitestgehend berücksichtigt.

Der Steuerrechtsteil wurde in erheblichem Umfang gekürzt. Er beschränkt sich bei der Einkommensteuer des Künstlers nunmehr lediglich auf die die freiberufliche Tätigkeit betreffende (sachrelevante) Rechtslage. Die Ausführungen zum Elterngeld sind ersatzlos entfallen.

Andererseits wurde die bislang noch fehlende Darstellung der Rechtslage beim Kunstmarkt (Autor: *Robert Kirchmaier*) als Teil 5 neu in das Handbuch übernommen. Neu ist auch als Teil 7 die Darstellung zum Stiftungsrecht (Autor: *Dr. Klaus Ebling*). Sie umfasst sowohl die zivilrechtliche Konstruktion einer Stiftung als auch das geltende Steuerrecht in Bezug auf eine gemeinnützige (Kultur-)Stiftung und deren Förderung durch Stifter und dritte Personen. Ein Verzeichnis nützlicher Internetlinks vervollständigt das Handbuch und unterstreicht ebenfalls dessen besondere Eignung für die Arbeit von Wissenschaftlern und Praktikern.

Das Urheberrecht (Teil 2, Abschnitt B des Werkes) wird seit der vorliegenden 2. Auflage gemeinsam von Rechtsanwalt *Prof. Dr. Wilhelm Nordemann* und Rechtsanwalt *Dr. Andreas Dustmann* betreut.

Die bereits in der 1. Auflage geäußerte Bitte um kritische Begleitung des Werkes durch die Benutzer bleibt weiter bestehen.

München, im März 2012

*Klaus Ebling
Marcel Schulze*

beck-shop.de

Vorwort zur 1. Auflage

Im Rahmen des Kunstbetriebs nehmen Rechtsfragen einen immer größeren Raum ein. Erheblichen Anteil daran haben Probleme, die sich aus der zunehmenden Internationalisierung des Kunstmarkts ergeben. Dies spiegelt sich insbesondere in der zwischenzeitlich doch sehr erheblichen Bedeutung des Internationalen Kunstrechts, vornehmlich des Gemeinschaftsrechts, wider. Der Kulturgüterschutz ist aus dem aktuellen Kunstrecht nicht mehr wegzudenken. Die Besteuerung ausländischer Künstler und Künstlerinnen beschäftigt immer öfter Berater, Finanzbehörden und Gerichte.

Das rein nationale Kunstrecht ist nach wie vor geprägt vom Urheberrecht, das in der Praxis einen sehr hohen Stellenwert besitzt; der Künstler und sein Werk stehen im Vordergrund. Ein Blick beispielsweise in die Kunstzeitschriften und in die Kunstbeilagen überörtlicher Tageszeitungen zeigt, wie wichtig es ist, bei der Kunstvermarktung auf eindeutige rechtliche Regelungen zurückgreifen zu können.

Die Unübersichtlichkeit des deutschen Steuerrechts zeigt sich auch bei der Besteuerung der Künstler- und Künstlerinnen. Die umfassende steuerrechtliche Darstellung, die sich erstmals auch auf ausländische Künstler und Künstlerinnen bezieht, zeigt den Weg zu einer zutreffenden Besteuerung. Steuerfragen des Kunstsponsorings und der Kunstsammlungen ergänzen die Thematik.

Die Ausführungen zum Zollrecht zeigen, wie sehr dieses Rechtsgebiet sich zuweilen hemmend auf die Kunstvermarktung auswirkt.

Das Handbuch enthält im Einzelnen zunächst eine allgemeine Einführung in das Kunstrecht. Ihn folgen Ausführungen zu internationalen Grundlagen (1. Teil), zum Künstler und seinem Werk (2. Teil), zum Kulturgüterschutz (3. Teil), zur Kunstvermarktung (4. Teil), zum Steuerrecht (5. Teil) und schließlich zum Zollrecht (6. Teil).

Sämtliche Teile sind mit Randziffern versehen und einzeln durchnummeriert. Teil I des Stichwortverzeichnisses schließt die Teile 1 bis 4, 6 des Werkes ein. Der steuerrechtliche Teil (Teil 5) weist ein selbständiges Stichwortverzeichnis auf.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum wurden bis Mitte Dezember 2006 berücksichtigt. So sind insbesondere das Jahressteuergesetz 2007 und das Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) eingearbeitet. Ebenso sind bereits die ab 1. Januar 2007 geltenden Regelungen über das Elterngeld erläutert.

Entsprechend seinem umfassenden Themenbereich wendet sich das Handbuch an alle Personen und Institutionen, die sich mit Fragen des Kunstrechts und der Besteuerung von Kunst und Künstlern befassen: Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Museen, Galerien, Kunstversicherer, Stiftungen, Sponsoren, Kunstverwerter, Gerichte, Finanzbehörden. Nicht zuletzt ist es den Künstlern und Künstlerinnen selbst fundierte Hilfestellung in zivil-, steuer- und zollrechtlichen Fragen.

Verlag und Herausgeber wünschen den Leserinnen und Lesern viel Freude und Erfolg beim Gebrauch des Handbuchs. Sie sind für Kritik, Anregungen und Ergänzungen sehr dankbar.

München, im Dezember 2006

*Klaus Ebling
Marcel Schulze*

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XXI
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIX
Internetlinks	XXVII

Einführung (M. Schulze)

1. Teil. Verfassungsrechtliche und internationale Grundlagen (M. Schulze)

A. Verfassungsrecht	20
B. Internationale Konventionen und Völkerrecht	33
C. Internationales Urheberrecht	50
D. Unionsrecht	65

2. Teil. Der Künstler und sein Werk

A. Eigentum und Besitz (Siehr)	90
B. Urheberrecht (Dustmann/Nordemann)	95
C. Künstlersozialversicherung (M. Schulze)	142

3. Teil. Kulturgüterschutz (Siehr)

A. Kulturgüterschutz	179
B. Schutz vor Verfall, Verunstaltung und Zerstörung	186
C. Rückgabe gestohlener Kulturgüter	191
D. Rückführung geschmuggelten Kulturgutes	203
E. Rückgabe gestohlener und geschmuggelter Kulturgüter	211
F. Kulturgüter mit belasteter Vergangenheit	212
G. Zukünftige Entwicklungen	229

4. Teil. Kunstvermarktung (G. Schulze)

A. Verträge über Werkoriginale	234
B. Kunstvertrag	253
C. Wahrnehmung von Nutzungsrechten	272
D. Verträge mit Arbeitnehmern	276
E. Verträge mit Bühnenbildnern	277

5. Teil. Kunstmarkt (Kirchmaier)

A. Authentifizierung und Expertise	282
B. Leihverkehr	289
C. Ausstellungen	335
D. Kunsthandel	343

	Seite
6. Teil. Steuerrecht (Ebling)	
1. Abschnitt. Besteuerung der freiberuflich tätigen, im Inland ansässigen Künstler und Künstlerinnen	353
2. Abschnitt. Besteuerung der freiberuflich tätigen, im Ausland ansässigen Künstler und Künstlerinnen	478
3. Abschnitt. Ausschaltung internationaler Doppelbesteuerung bei freiberuflichen Künstlern	493
4. Abschnitt. Ausgewählte Einkommenssteuerfragen in Bezug auf Kunstgegenstände im Privatvermögen, im Betriebsvermögen	500
7. Teil. Stiftungsrecht (Ebling)	
A. Die zivilrechtliche Konstruktion der Stiftung	527
B. Die gemeinnützige Stiftung	536
C. Die gemeinnützige Stiftung im Steuerrecht	540
D. Die Besteuerung des Stifters	544
E. Steuerliche Vergünstigungen für Förderer von gemeinnützigen Stiftungen	544
F. Resumée	547
8. Teil. Zollrecht (Rüsken)	
A. Verfahren bei der Einfuhr von Kunstgegenständen	548
B. Besondere Verfahren ohne Entstehen einer Abgabeschuld	550
C. Abgaben, die bei der Einfuhr erhoben werden können	551
D. Die Abgabenerhebung	566
E. Rechtsschutz gegen die Abgabenscheide	568
Sachregister	573

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIX
Internetlinks	XXVII

Einführung (M. Schulze)

Vorbemerkung	1
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	2
II. Internationale Organisationen, Unionsrecht	2
III. Kunstvermarktung	7
IV. Arbeitsrecht, Absicherung des Künstlers, Verwertungsgesellschaften	10
V. Steuerrechtliche Bestimmungen, Zollrecht	13

1. Teil. Verfassungsrechtliche und internationale Grundlagen (M. Schulze)

A. Verfassungsrecht	20
I. Kunstfreiheit	20
1. Der verfassungsrechtliche Kunstbegriff	21
2. Werkbereich und Wirkungsbereich	21
3. Gewährung der Kunstfreiheit nicht schrankenlos	21
4. Grundrechtskonkurrenz	22
5. Drittwirkung der Grundrechte	22
6. Kunstfreiheit und Persönlichkeitsrecht	23
7. Kunstfreiheit und Urheberrecht	26
II. Meinungsfreiheit	27
III. Kunst und Sacheigentum	29
IV. Beteiligung am wirtschaftlichen Nutzen eines Werkes	30
V. Künstlersozialversicherung	31
VI. Föderalismusreform	32
VII. Staatsziel Kultur	33
B. Internationale Konventionen und Völkerrecht	33
I. Quellen des Völkerrechts	33
1. Internationale Übereinkünfte	34
a) Wiener Übereinkommen	34
b) Völkerrechtsfreundliche Auslegung	34
c) Transformation	35
2. Völkergewohnheitsrecht	37
3. Rechtsgrundsätze der Staaten	38
II. Völkerrechtssubjekte	38
III. Schutz der Menschenrechte	40
IV. Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	41
V. Rückführung von Kulturgütern	43
VI. Schutz des Kultur- und Naturerbes	45
VII. Schutz kultureller Vielfalt	47
VIII. Handelsübereinkommen ACTA	48

	Seite
C. Internationales Urheberrecht	50
I. Begriffsbestimmung	50
II. Geltungsbereich der Immaterialgüterrechte	51
III. Internationale Abkommen	53
1. Frühe urheberrechtliche Übereinkommen	53
a) Berner Übereinkunft	53
b) Welturheberrechtsabkommen	55
c) Übereinkunft von Montevideo	55
2. Handel und Wettbewerb (TRIPS, GATT, WTO)	55
3. Förderung des Schutzes geistigen Eigentums (WIPO/OMPI, sog. Rom-Abkommen, GTA, Brüsseler Satelliten-Abkommen)	56
4. Informationsgesellschaft (sog. Internetverträge WCT und WPPT, Info-Richtlinie)	58
a) Urheberrechtliche Neuerungen	60
aa) Recht der öffentlichen Wiedergabe	60
bb) Vervielfältigungsrecht	60
cc) Verbreitungsrecht	61
dd) Rechtsschutz von Computerprogrammen	62
ee) Rechtsschutz von Datenbanken	62
b) Neuerungen der Leistungsschutzrechte	62
c) Umsetzung in Deutschland	63
5. Arbeiten des Europarates	63
a) Europäisches Fernsehabkommen	64
b) Europäische Konvention vom 11. 5. 1994	65
IV. Schlussfolgerungen	65
D. Unionsrecht	65
I. Supranationales Recht (EUV)	65
II. Kulturgüterschutz	67
III. Urheberrecht und Leistungsschutzrecht	71
1. Rechtsschutz von Computerprogrammen	71
2. Recht der öffentlichen Wiedergabe	73
3. Vervielfältigungsrecht	73
4. Verbreitungsrecht	75
5. Vermiet- und Verleihrecht	77
6. Satelliten- und Kabelsendung	77
a) Satellitensendung	77
b) Kabelsendung	79
7. Schutzdauer	79
8. Schutz von Datenbanken	82
9. Folgerecht	84
10. Durchsetzung von Rechten	85
11. Strafrechtliche Maßnahmen	86
IV. Wettbewerb	86
1. Gleichwertiger Schutz	86
2. Verwertungsgesellschaften in der Europäischen Union	86

2. Teil. Der Künstler und sein Werk Seite

A. Eigentum und Besitz (<i>Siehr</i>)	90
I. Begriffe	90
II. Eigentumserwerb	90
1. Erwerb durch Werkschöpfung	90
2. Erwerb durch Übereignung	91
III. Inhalt des Eigentums	92
IV. Eigentumsverlust	92
1. Verlust durch Veräußerung	92
a) Veräußerung durch Berechtigten	92
b) Veräußerung durch Nichtberechtigten	92
2. Verlust durch Zeitablauf	93
a) Verlust durch Ersitzung	93
b) Verwirkung	93
c) Verjährung	93
3. Verlust durch Aufgabe des Eigentums	94
V. Besitz	94
1. Besitzerwerb und dessen Bedeutung	94
2. Besitzverlust und dessen Bedeutung	94
VI. Internationale Dimension	95
1. Probleme	95
2. Lösungen	95
B. Urheberrecht (<i>Dustmann/Nordemann</i>)	95
I. Bedeutung	95
II. Rechtsgeschichte	96
III. Die geschützten Werke der Bildenden Kunst	98
1. Der Werkbegriff des Urheberrechts	98
2. Werke der Bildenden Kunst	101
a) Grundrechtliche Freiheit der künstlerischen Betätigung	101
b) Gemeinsame Schutzkriterien für alle Werkformen der bildenden Kunst	102
c) Bildende Kunst im engeren Sinne	102
d) Werke der Baukunst	104
e) Werke der angewandten Kunst	105
f) Entwürfe	106
IV. Der Urheber	107
1. Das Schöpfungsprinzip	107
2. Mehrheit von Urhebern	108
3. Rechtsnachfolge	110
V. Inhalt und Umfang des Urheberrechts	111
1. Das Urheberpersönlichkeitsrecht	111
a) § 12 Abs. 1 UrhG	112
b) § 13 UrhG	112
c) Das Entstellungsverbot des § 14 UrhG	113
d) Das Zugangsrecht des § 25 UrhG	115
e) Das Zustimmungsrecht	117
2. Verwertungsrechte	117
a) Das Vervielfältigungsrecht, § 16 UrhG	118
b) Das Verbreitungsrecht, § 17 UrhG	118

	Seite
c) Das Ausstellungsrecht des § 18 UrhG	119
d) Das Vorführungsrecht, § 19 UrhG	119
e) Die Senderechte, §§ 20 ff. UrhG	120
f) Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung	120
3. Gesetzliche Vergütungsansprüche	121
a) Folgerecht (§ 26 UrhG)	121
b) Vermieten und Verleihen	122
c) Andere Vergütungsansprüche	123
d) Gesetzliche Lizenzen	124
e) Durchsetzung der Ansprüche	124
VI. Einräumung von Nutzungsrechten	124
1. Grundsätzliches	124
2. Werke der bildenden Kunst und der Baukunst	125
3. Werke der angewandten Kunst	126
4. Werkschaften im Dienst- oder Arbeitsverhältnis	127
a) Öffentlicher Dienst	127
b) Arbeitnehmer	127
5. Rechtsbeziehungen des Künstlers zu seiner Verwertungsgesellschaft ...	128
VII. Schranken des Urheberrechts	129
1. Zeitliche Schranken	129
2. Räumliche Schranken	130
3. Inhaltliche Schranken	131
VIII. Zivilrechtlicher Schutz bei rechtswidrigen Eingriffen in Urheberrechte ...	134
1. Geschützte Rechte	135
2. Rechtsverletzungen	135
3. Aktiv- und Passivlegitimation	136
4. Beseitigungsanspruch	136
5. Unterlassungsanspruch	137
6. Auskunftsanspruch	138
7. Schadensersatzanspruch	138
a) Verschulden	138
b) Ermittlung der Schadenshöhe	138
8. Entschädigungsanspruch wegen immateriellen Schadens	139
9. Vernichtungsanspruch	140
10. Verjährung und Verwirkung	140
11. Gerichtliches Verfahren	140
IX. Strafrechtlicher Schutz gegen Verletzungen des Urheberrechts	141
C. Künstlersozialversicherung (<i>M. Schulze</i>)	142
Besonderer sozialer Schutz	142
I. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	142
II. Gesetze und Verordnungen	142
III. Entstehungsgeschichte des KSVG	146
1. Vom Künstlerbericht 1975 bis zur Unterzeichnung	146
a) 7. Wahlperiode	146
b) 8. Wahlperiode	146
c) 9. Wahlperiode	147
2. Grundlegende Reformen	147
a) Gesetzesnovelle 1988	147

Inhaltsverzeichnis

XV

	Seite
b) Gesetzesnovelle 2001	147
c) Gesetzesnovelle 2007	148
3. Weiterführende Hinweise	148
IV. Künstlersozialkasse	149
V. Versicherungspflicht, Versicherungsfreiheit, Befreiung	150
VI. Künstler und Publizist	155
VII. Selbständige Tätigkeit	158
VIII. Auskunfts- und Meldepflichten des Künstlers/Publizisten	160
IX. Mittel für die Künstlersozialversicherung	161
X. Künstlersozialabgabe	162
XI. Versicherungsträger	165
XII. Bezugsgrößen	166
XIII. Rentenversicherungsbeitrag	167
XIV. Krankenversicherungsbeitrag	168
XV. Pflegeversicherungsbeitrag	172
XVI. Verjährung	174
XVII. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit	174
XVIII. Spitzenverband	174
XIX. Sozialgericht	174

3. Teil. Kulturgüterschutz (Siehr)

A. Kulturgüterschutz	179
I. Begriff des Kulturgutes	179
II. Ziel des Kulturgüterschutzes	181
1. Schutz vor Verfall und Zerstörung	181
2. Schutz vor Raub und Diebstahl	181
3. Schutz vor Verlust des Kontextes	182
4. Schutz vor Abwanderung durch Schmuggel	182
5. Schutz vor Verunstaltung und Verfälschung	183
III. Übernationale Dimensionen des Kulturgüterschutzes	183
1. Internationale Übereinkommen	184
a) Unmittelbar wirkende Übereinkommen	184
b) Nicht unmittelbar wirkende Übereinkommen	184
2. Supranationales Recht der Europäischen Union	185
3. Internationale Verbände und ihre Verhaltensnormen (Codices)	186
B. Schutz vor Verfall, Verunstaltung und Zerstörung	186
I. Denkmalschutz im Allgemeinen	186
1. Nationales Recht	186
2. Übernationale Bemühungen	187
a) Schutz vor Verfall und Verunstaltung	187
b) Schutz vor Zerstörung und Raub	187
II. Denkmalschutz im Krieg	187
1. Raub- und Beutekunst des Zweiten Weltkrieges	188
2. Haager Abkommen von 1954	189
3. Kulturgüter im ehemaligen Jugoslawien	190
4. Irakische Kulturgüter nach März 2003	190

	Seite
C. Rückgabe gestohlener Kulturgüter	191
I. Fälle ohne ausländische Komplikationen	191
1. Klage auf Herausgabe	191
a) Gutgläubiger Erwerb im Allgemeinen	191
b) Verjährung von Herausgabeansprüchen	192
c) Erwerb von Raub- oder Beutegut	193
d) Erwerb von irakischem Raubgut	194
e) Immunität und Rückgabegarantie	194
2. Klage auf Entschädigung	196
a) Schadensersatzansprüche gegen den Dieb und Hehler	196
b) Mängelansprüche gegen den Verkäufer	196
c) Deckungsansprüche gegen den Versicherer	196
II. Fälle mit ausländischen Komplikationen	197
1. Klage auf Herausgabe	197
a) Einstweiliger Rechtsschutz	197
b) Zuständige Instanz	197
c) Ausländisches Verfahrensrecht	198
d) Ausländisches IPR	198
e) Ausländisches Privatrecht	199
f) Vollstreckung	201
2. Ersuchen um Rechtshilfe in Strafsachen	201
3. Staatsvertragliche Regelungen	202
a) UNESCO Übereinkommen von 1970	202
b) Unidroit Übereinkommen von 1995	202
D. Rückführung geschmuggelten Kulturgutes	203
I. Schutz deutscher Kulturgüter	203
1. Schutz nach dem Gesetz von 1955/1998	203
2. Rückführung aus dem Ausland	204
a) Rückführung aus dem Mitgliedstaat der EU oder des EWR	204
b) Rückführung aus einem Vertragsstaat des UNESCO Übereinkommens von 1970	206
c) Rückführung aus allen anderen Staaten	206
II. Schutz ausländischer Kulturgüter	207
1. Rückforderung eines Mitgliedstaates der EU oder des EWR	208
2. Rückforderung eines Vertragsstaates des UNESCO Übereinkommens von 1970	208
3. Rückforderung anderer Staaten	210
E. Rückgabe gestohlener und geschmuggelter Kulturgüter	211
I. Rückgabe deutscher Kulturgüter	211
II. Rückgabe ausländischer Kulturgüter	211
F. Kulturgüter mit belasteter Vergangenheit	212
I. „Entartete“ Kunst	212
1. „Entartete“ Kunst in Staatshand	213
a) Verkauf in Luzern	213
b) Verkauf in Deutschland	214
c) Unverkaufte Werke	214
2. „Entartete“ Kunst in Privatbesitz	215

II. Holocaust Art	215
1. Kunst in staatlichen Museen	216
2. Kunst in anderen öffentlichen Museen	217
3. Kunst als Leihgabe	218
4. Kunst in Privatbesitz	218
5. Kunst in Verwahrung	219
III. Raubkunst	219
1. Raubkunst im Inland	220
2. Raubkunst im Westen	220
a) Raub durch Soldaten der Westmächte	220
b) Raub durch Soldaten der Sowjetunion	220
3. Raubkunst im Osten	221
IV. Beutekunst	221
1. Beutekunst im Westen	221
2. Beutekunst im Osten	221
V. Kunst fremder Länder	222
1. Frühere Erwerbungen	222
a) Rechtmäßiger Erwerb	222
b) Erwerb während Krieg oder Kolonialismus	223
2. Jetzige Akquisitionen	223
VI. Schatzfund	223
1. Schatzfund im Allgemeinen	223
a) Schatz	224
b) Schatzregal	224
c) Finder	224
2. Inländische Schätze	225
a) Klagen im Inland	225
b) Klagen im Ausland	226
3. Ausländische Schätze	227
a) Klagen im Inland	227
b) Klage im Drittstaat	227
4. Rechtserneuerung	228
a) Internationale Verträge	228
b) Deutsches Recht	228
G. Zukünftige Entwicklungen	229
I. Privatinitiative	229
II. Entnationalisierung	229
1. Kommerzialisierung	229
2. Liberalisierung des Exports	229
3. Partizipation bei Ausgrabungen	230
III. Internationale Kooperation	230
IV. Regulierung des Kunsthandels	230
V. Internationale Vereinbarungen	230
4. Teil. Kunstvermarktung (G. Schulze)	
A. Verträge über Werkoriginale	234
I. Verkauf	234
1. Eigentumserwerb	234

	Seite
2. Keine Einräumung von Nutzungsrechten	234
3. Ausstellungsrecht	234
4. Befugnisse des Erwerbers	235
5. Gesetzliche Nutzungsbefugnisse	235
6. Beschränkungen	235
7. Mängel des Kunstwerks	236
8. Vergütung	237
II. Verkauf über den Kunsthandel	238
1. Kommissionsverkauf	238
2. Galerievertrag über künftige Werke	239
3. Versteigerung von Kunstwerken	239
4. Echtheit und Herkunft der Kunstwerke	240
III. Ausstellung	242
IV. Gebrauchsüberlassung (Vermietung, Leihe)	244
1. Vermiet- und Verleihrecht	244
a) Vermietung	246
b) Leihe	246
2. Artotheken	247
3. Leihgaben	247
V. Auftrag, Bestellung	247
1. Werkvertrag	248
a) Bestellvertrag	249
b) Einzelne Rechte und Pflichten	249
2. Mängel	250
3. Kauf auf Probe	251
4. Nutzung des Werkes, Bildnisse	252
B. Kunstvertrag	253
I. Allgemeines	253
II. Vertragsgegenstand	254
III. Vertragsarten	254
1. Zweistufenvertrag	255
a) Erste Stufe, Auftrag für ein Werk	255
b) Zweite Stufe, Nutzung des Werkes	257
c) Sinn und Zweck des Vertrages	257
2. Editionen von Werkexemplaren	259
a) Gegenstand	259
b) Werkoriginale	259
c) Rechte und Pflichten	260
3. Reproduktionen vom Kunstwerk	260
a) Zugang zum Werk	261
b) Nutzungsrechte	261
4. Illustrationsvertrag	262
5. Auftrag, Bestellvertrag	262
6. Herstellungsvertrag	263
IV. Typische Rechte und Pflichten	264
1. Formfreiheit	264
2. Vertragsgegenstand	264
3. Ablieferung des Werkes	265

4. Mitwirkungspflichten des Verlegers	265
5. Mängel	265
6. Abnahmepflicht	266
7. Geheimhaltungspflicht	266
8. Rechtseinräumung	266
9. Rechtsgarantie	267
10. Änderungsverbot	267
11. Ausstattung	267
12. Mitwirkungspflichten des Urhebers	268
13. Enthaltungspflicht	268
14. Auswertungspflicht	268
15. Urheberbenennung	269
16. Vergütung	269
17. Freixemplare, Belegexemplare	270
18. Verramschung, Makulierung	270
19. Vertragsdauer, Beendigung	271
20. Rücktritt	271
21. Eigentum an Entwürfen und Druckvorlagen	271
22. Mitgliedschaft bei der VG Bild-Kunst	272
C. Wahrnehmung von Nutzungsrechten	272
I. Individuelle Wahrnehmung	272
II. Kollektive Wahrnehmung	273
1. Wahrnehmungsvertrag der VG Bild-Kunst	273
2. Grenzen des Wahrnehmungsumfangs der VG Bild-Kunst	274
3. Tarife der VG Bild-Kunst	275
D. Verträge mit Arbeitnehmern	276
E. Verträge mit Bühnenbildnern	277
I. Gegenstand	277
II. Vertragsart	277
III. Einräumung von Nutzungsrechten	278
IV. Wahrnehmung von Rechten	279

5. Teil. Kunstmarkt (Kirchmaier)

A. Authentifizierung und Expertise	282
I. Bedeutung für den Kunsthandel	282
II. Originalität und Echtheit von Kunstwerken	283
III. Gutachten und Expertisen	283
1. Naturwissenschaftlich-technische Untersuchungen	283
2. Kunsthistorische Methoden	284
3. Wertermittlung	285
4. Vertragsverhältnis	285
IV. Experten und Kunstsachverständige	286
1. Sachverstand kraft beruflichem Herkommen	286
2. Öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige	286
3. Sprachgebrauch	287
V. Verpflichtung zur Erstattung von Gutachten und Expertisen	287
VI. Verpflichtung zur Aufnahme in ein Werkverzeichnis	288

	Seite
VII. Haftung	289
1. Haftung des Gutachters gegenüber dem Vertragspartner	289
2. Haftung gegenüber Dritten	289
B. Leihverkehr	289
I. Bedeutung und Umfang des internationale Leihverkehrs	290
1. Bedeutung des Kulturgüteraustauschs	290
2. Entwicklung des Leihverkehrs	290
3. Rechtliche Wahrnehmung	292
II. Rechtsgrundlagen	293
1. International	293
2. Europa	294
3. National	295
a) Allgemeines Zivilrecht	295
b) Öffentliches Recht	295
c) Sonstiges	296
4. Regelungen ohne Gesetzeskraft	296
III. Gesetzliche und vertragliche Ausgestaltung	296
1. Leihvertrag als Grundlage	296
a) Anwendbares Recht	297
b) Zustandekommen des Leihvertrages	300
c) Wesentlicher Vertragsinhalt	301
d) Formerfordernisse	302
e) Gesetzliches Verbot	303
2. Pflichten des Leihgebers	304
a) Gebrauchsgestaltung zum vertraglich vereinbarten Zweck	304
b) Unentgeltlichkeit	305
c) Auf Zeit	307
3. Pflichten des Leihnehmers	308
a) Sorgfalts- und Obhutspflichten	308
b) Rückgabe	309
4. Haftung	311
a) Leihgeber	311
b) Leihnehmer	312
IV. Besonderheiten der Dauerleihgaben	313
1. Begriff	313
2. Interessenlage	314
3. Vertragliche Besonderheiten	314
a) Leihzeit	314
b) Formerfordernis	317
c) Unentgeltlichkeit	317
4. Dokumentation	318
5. Vertragsgestaltung	318
V. Deckung der Risiken	319
1. Kommerzielle Kunstversicherung	321
a) Vertragliche Ausgestaltung	321
b) Versicherte Risiken und Gefahren	322
c) Versicherungswert	323
d) Prämie	324

Inhaltsverzeichnis

XXI

Seite

e) Schadensfall und Entschädigung	325
f) Regresspflicht	325
2. Staatsgarantie	325
a) Staatsgarantie in Deutschland	325
b) Staatshaftung in Europa	329
c) Sonstige Staaten	330
d) Vorteile	331
e) Kritik	332
C. Ausstellungen	335
I. Bedeutung und Grundlagen	335
II. Urheberrechtliche Fragen	335
1. Die Ausstellung als Werk	336
2. (Urheber-)Persönlichkeitsrecht	336
3. Ausstellungsrecht und Ausstellungsvergütung	338
4. Urheberrechtliche Schranken zugunsten des Ausstellungsbetriebes	340
a) Pressespiegel – § 49 UrhG	340
b) Berichterstattung über Tagesereignisse – § 59 UrhG	341
c) Zitate – § 51 UrhG	341
d) Wiedergabe an elektronischen Leseplätzen – § 52b UrhG	341
e) „Katalogbildfreiheit“ – § 58 UrhG	341
f) Werke an öffentlichen Plätzen – § 59 UrhG	343
D. Kunsthandel	343
I. Berufsverbände und Galerien	343
II. Auktionen	344
III. Kunsthandlungen	345
IV. Kunstmessen	346

6. Teil. Steuerrecht (Ebling)

1. Abschnitt. Besteuerung der freiberuflich tätigen, im Inland ansässigen Künstler und Künstlerinnen

A. Einkommensteuer	353
I. Rechtsgrundlagen für die Besteuerung der Einkünfte eines (einer) freiberuflich künstlerisch tätigen unbeschränkt Steuerpflichtigen nach dem Einkommensteuergesetz	356
1. Unbeschränkte Einkommensteuernpflicht	356
2. Zuordnung der Einkünfte eines (einer) künstlerisch Tätigen zu den einzelnen Einkunftsarten	356
a) Einkünfte aus selbständiger Arbeit	357
b) Abgrenzungen der Einkünfte aus künstlerischer Tätigkeit i. S. d. § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG gegenüber anderen Einkunftsarten i. S. d. § 2 Abs. 1 EStG	371
c) ABC der Rechtsprechung zu den einzelnen Erscheinungsformen künstlerischer Tätigkeit und zu damit verbundenen Abgrenzungen	380
d) Gesamttätigkeit oder Einzeltätigkeiten	392
e) Einkünfte-(Gewinn-)erzielungsabsicht – Liebhaberei	395

	Seite
f) Nicht steuerbare oder steuerfreie Einnahmen	398
g) Verfahrensrecht in Zusammenhang mit der Bestimmung der Einkünfte aus künstlerischer Tätigkeit i. S. d. § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG	400
II. Die Einkommensbesteuerung von künstlerisch tätigen Personenzusammenschlüssen	413
1. Allgemeine Grundsätze	413
2. Erscheinungsformen von Personenzusammenschlüssen	414
a) Personengesellschaften	414
b) Ehegatten-Personengesellschaft	415
c) Partnerschaft	415
d) Gelegenheitsgesellschaften	415
e) Stille Gesellschaft i. S. d. § 230 HGB	415
f) Ateliergemeinschaften	415
g) Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIG)	416
h) Erbengemeinschaft	416
i) Künstlerkapitalgesellschaft	418
3. Abfärbewirkung des § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG	418
4. Betriebsaufspaltung	419
III. Zurechnung der Einkünfte i. S. d. § 18 EStG	419
1. Grundsatz der Individualbesteuerung	419
2. Einkünfte von Gesellschaftern einer Personengesellschaft	420
IV. Die Ermittlung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit	420
1. Buchführungs-, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	420
2. Wahlrecht zwischen Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich oder durch Überschussrechnung	422
3. Wahl der Gewinnermittlungsart	423
4. Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich (§ 4 Abs. 1 EStG)	424
a) Allgemeine Grundsätze	424
b) Art und Umfang des Betriebsvermögens	426
5. Gewinnermittlung durch Überschussrechnung (§ 4 Abs. 3 EStG)	428
6. Betriebseinnahmen, Betriebsausgaben bei freiberuflicher Tätigkeit	429
a) Betriebseinnahmen	429
b) Betriebsausgaben	433
7. Steuerabzug gemäß § 34 c Abs. 2, 3 EStG	445
a) § 34 c Abs. 2 EStG	445
b) § 34 c Abs. 3 EStG	445
V. Veräußerungs- und Aufgabegewinn (§ 18 Abs. 3 EStG)	446
1. Allgemeine Grundsätze	446
2. Veräußerung des Vermögens	447
a) Veräußerung unter Beendigung der Tätigkeit der selbständigen Arbeit	447
b) Übergabevertrag	448
c) Veräußerung im Rahmen einer Erbauseinandersetzung	448
3. Veräußerung eines selbständigen Teils des Vermögens	449
4. Aufgabe der selbständigen Arbeit	450
a) Einstellen der beruflichen Tätigkeit (Betriebsaufgabe)	450
b) Betriebsaufgabe bei Realteilung	452

	Seite
c) Verlegen des freiberuflichen Betriebs an einen neuen Standort	452
d) Tod eines Freiberuflers	453
5. Ermittlung des Veräußerungs- und Aufgabegewinns gemäß § 18	
Abs. 3 EStG	454
a) Allgemeine Grundsätze	454
b) Veräußerungspreis	455
c) Veräußerungskosten	456
d) Aufgabekosten	456
6. Freibetrag für Veräußerungs- und Aufgabegewinne	457
a) Sachlicher Anwendungsbereich	457
b) Persönliche Voraussetzungen	457
c) Objektbeschränkung; Antragserfordernis	457
d) Ermäßigungsbetrag	457
7. Tarifiermäßigung gemäß § 34 EStG	457
a) Sachlicher Anwendungsbereich	457
b) Persönliche Voraussetzungen	458
VI. Verlustausgleich und Verlustabzug (Verlustrücktrag/Verlustvortrag)	458
1. Verlustausgleich	458
2. Verlustabzug	458
a) Verlustrücktrag	458
b) Verlustvortrag	458
c) Verlustabzug in Erbfällen	459
B. Solidaritätszuschlag	459
C. Kirchensteuer	459
D. Gewerbesteuer	460
E. Umsatzsteuer	461
I. Freiberuflich tätige Künstler als Unternehmer	461
II. Steuerbarer Umsatz	462
1. Allgemeine Grundsätze	462
2. Lieferungen	462
a) Allgemeine Grundsätze	462
b) Ort der Lieferung	462
3. Sonstige Leistungen	463
a) Allgemeine Grundsätze	463
b) Leistungsort	463
4. Urheberrechtliches Folgerecht	463
a) Urheberrechtliche Grundlagen	463
b) Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung	464
III. Bemessungsgrundlage	464
IV. Steuerbefreiungen bei Lieferungen und Leistungen	465
V. Steuersatz	465
1. Regelsteuersatz	465
2. Ermäßigter Steuersatz	465
a) Anwendungsbereich	465
b) Lieferungen	465
c) Sonstige Leistungen	468
VI. Vorsteuerabzug	468
1. Allgemeine Grundsätze	468

	Seite
2. Nichtabziehbare Vorsteuerbeträge	469
3. Vorsteuerabzug bei Kleinunternehmern	469
4. Vorsteuerabzug nach Durchschnittssätzen	469
VII. Besteuerung der sog. Kleinunternehmer	470
VIII. Berechnung der Steuer nach vereinnahmten Entgelten	470
IX. Besteuerungsverfahren	470
F. Die steuerrechtliche Behandlung von Kunstgegenständen im Erbschaftsteuerrecht	471
I. Bewertung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	471
1. Maßgeblichkeit der Bewertungsvorschriften des Bewertungsgesetzes ..	471
2. Der gemeine Wert als grundsätzlicher Wertmaßstab	471
3. Keine generelle Bewertung des Betriebsvermögens nach dem Bewer-	472
tungsgesetz	472
II. Bewertung ausgewählter Gegenstände des „übrigen“ Vermögens	473
1. Kunstgegenstände	473
2. Kunstsammlungen	474
3. Wertpapiere und Schuldbuchforderungen	474
4. Kapitalforderungen und Schulden	475
5. Wiederkehrende Nutzungen und Leistungen	475
6. Urheberrechte und Erfindungen	475
III. Steuerliche Vergünstigungen beim Erwerb von Kunstgegenständen	475
1. Steuerbefreiungen	475
a) Steuerbefreiungen von Kunstgegenständen und Kunstsammlungen	475
b) Hausrat	477
c) Verschonungsabschlag	477
2. Erstattung der Erbschaftsteuer	477
3. Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlung statt	478
2. Abschnitt. Besteuerung der freiberuflich tätigen, im Ausland ansässigen Künstler und Künstlerinnen	478
A. Einkommensteuer	478
I. Rechtsgrundlagen für die Besteuerung der Einkünfte eines (einer) freiberuflich künstlerisch tätigen beschränkt Steuerpflichtigen nach dem Einkommensteuergesetz	479
1. Beschränkte Einkommensteuerpflicht	479
a) Allgemeine Grundsätze	479
b) Beginn und Ende der beschränkten Einkommensteuerpflicht	480
2. Die beschränkt einkommensteuerpflichtigen Einkünfte (§ 49 EStG) ...	480
a) Allgemeine Grundsätze	480
b) Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	481
II. Ausgewählte Tatbestände des § 49 Abs. 1 EStG	481
1. Beschränkt einkommensteuerpflichtige Einkünfte aus freiberuflicher künstlerischer Tätigkeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 EStG)	481
a) Allgemeine Grundsätze	481
b) Ausübung	482
c) Verwertung	482
d) Betriebsstätte – feste Einrichtung	483
2. Beschränkt einkommensteuerpflichtige Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	483

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XXV
	Seite
a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb aufgrund Unterhaltens einer Betriebsstätte oder Bestellens eines ständigen Vertreters	483
b) Künstlerische Darbietungen	484
3. Beschränkt einkommensteuerpflichtige Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG)	486
B. Sonderregelungen	486
I. Sonderregelungen zur Durchführung der Besteuerung von beschränkt Steuerpflichtigen	486
1. Allgemeines	486
2. Ermittlung und Besteuerung der Einkünfte bei beschränkter Steuerpflicht (§ 50 Abs. 1 EStG)	486
3. Steuerabzug für gewerbliche Einkünfte und Einkünfte aus selbständiger Arbeit	487
a) Allgemeine Grundsätze	487
b) Grundsatz der Bruttobesteuerung	488
c) Nettobesteuerung	488
d) Steuerabzug auf der „zweiten Stufe“	489
e) Entstehung, Zeitpunkt des Steuerabzugs, Abführung und Anmeldung des Steuerabzugs	489
f) Freistellungs- oder Ermäßigungsbescheinigung	490
g) Steuererlass bei Veranstaltungen im öffentlichen Interesse	490
h) Rechtsschutz	490
i) Haftender	490
4. Erstattung der Abzugsteuer aufgrund von DBA (§ 50 d EStG)	491
a) Allgemeine Grundsätze	491
b) Erstattungsverfahren	491
c) Freistellungsverfahren	491
d) Kontrollmeldeverfahren	492
II. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§ 2 AStG)	492
3. Abschnitt. Ausschaltung internationaler Doppelbesteuerung bei freiberuflichen Künstlern	
A. Allgemeine Grundsätze	493
I. Begriff und Entstehung internationaler Doppelbesteuerungen	493
II. Ausschaltung internationaler Doppelbesteuerungen	493
1. Unilaterale – bilaterale Maßnahmen	493
2. Grundprinzipien der vertragsmäßigen Ausschaltung der internationalen Doppelbesteuerung	494
III. Regelungen des OECD-Musterabkommens	494
1. Allgemeines	494
2. Art. 17 OECD-Musterabkommen	495
a) Art. 17 Abs. 1 OECD-MA	495
b) Art. 17 Abs. 2 OECD-MA	496
B. Regelungen der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen auf der Grundlage des Art. 17 OECD-Musterabkommens	497
I. Allgemeine Grundsätze	497
II. Die Ausformung des Art. 17 Abs. 1 des OECD-Musterabkommens in ausgewählten deutschen DBA	497

	Seite
III. Die Rechtsgrundsätze des Art. 17 Abs. 2 des OECD-Musterabkommens und deutsche DBA	499
IV. Sonderregelungen für den Kulturaustausch	500
4. Abschnitt. Ausgewählte Einkommensteuerfragen in Bezug auf Kunstgegenstände im Privatvermögen und im Betriebsvermögen	
A. Kunstgegenstände im Privatvermögen	500
I. Veräußerung von Kunstgegenständen	500
1. Private Veräußerungsgeschäfte	500
2. Vermögensverwaltung – Gewerbebetrieb	501
a) Allgemeine Grundsätze	501
b) Inländisches Museum als Betriebsstätte eines ausländischen Kunst- sammlers	504
c) Abgrenzung zur Unternehmereigenschaft i. S. d. Umsatzsteuer- rechts	504
II. Steuerbegünstigung gemäß § 10 g EStG	504
B. Kunstgegenstände im Betriebsvermögen	505
I. Abgrenzung zum Privatvermögen	505
1. Privatvermögen	505
2. Betriebsvermögen	505
a) Allgemeine Grundsätze	505
b) Angemessenheit der Aufwendungen	506
II. Bewertung	507
1. Grundsatz	507
2. Absetzung für Abnutzung (AfA)	507
a) Allgemeine Grundsätze	507
b) Technische Abnutzung	508
c) Wirtschaftliche Abnutzung	508
d) Einfluss der Gebrauchsfunktion eines Wirtschaftsguts auf dessen Wertverzehr	513
e) Folgerungen	513
3. Teilwertabschreibung	514
a) Grundsatz	514
b) Ermittlung des Teilwerts	514
C. Kunstsponsorship	515
I. Begriff und Wesen des Sponsorship	515
II. Ertragsteuerrechtliche Beurteilung beim Sponsor	518
1. Allgemeine Grundsätze	518
2. Sponsorshipaufwendungen als Betriebsausgaben	518
3. Spendenabzug	520
4. Nicht abzugsfähige Kosten der Lebensführung – verdeckte Gewinnaus- schüttung	520
III. Ertragsteuerliche Rechtslage beim Empfänger der Sponsorenleistungen ...	521
1. Empfänger der Leistungen ist eine natürliche Person	521
2. Empfänger der Leistungen ist eine Körperschaft	521
a) Allgemeine Grundsätze	521
b) Gemeinnützige Körperschaft	521
IV. Sponsorship und Umsatzsteuer	524

7. Teil. Stiftungsrecht (Ebling)

Seite

A. Die zivilrechtliche Konstruktion der Stiftung	527
I. Erscheinungsformen der Stiftungen	527
1. Die privatrechtliche Stiftung als Regelfall	527
2. Stiftungen des öffentlichen Rechts und kirchliche Stiftungen	528
II. Die privatrechtliche Stiftung	528
1. Allgemeine Grundlagen	528
2. Die selbständige Stiftung	530
a) Die Errichtung der Stiftung	530
b) Die Verfassung der Stiftung	530
c) Die Vermögensausstattung	531
d) Staatliche Anerkennungs- und Aufsichtspflicht	532
e) Pflicht zur Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	533
f) Errichtung der Stiftung von Todes wegen	533
3. Die treuhändische Stiftung	533
a) Rechtliche Grundlagen	533
b) Regelmäßig kein eigenes Stiftungsvermögen	534
c) Weitere Unterschiede zur selbständigen Stiftung	534
d) Erscheinungsformen der Treuhandstiftung	534
e) Auflösung der Treuhandstiftung	534
4. Sonderformen der Stiftung	535
a) Die gemeinnützige Stiftung	535
b) Die Dachstiftung	535
5. Sonstige Organisationsformen	535
a) Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	535
b) Die Stiftung & Co.	535
c) Der Verein	535
d) Die Zustiftung	536
e) Stiftungs- und Themenfonds	536
f) Die Europäische Stiftung	536
B. Die gemeinnützige Stiftung	536
I. Vorbemerkung	536
1. Die Gemeinnützigkeit als Grundlage steuerlicher Förderung	536
2. Das Wesen der Förderung der Gemeinnützigkeit	537
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit der Stiftung	537
1. Verfolgung steuerbegünstigter Zwecke	537
2. Verwirklichung der Steuerbegünstigung im Ausland	539
3. Verfahrensfragen	540
C. Die gemeinnützige Stiftung im Steuerrecht	540
I. Körperschaftsteuer	540
1. Grundsatz der Steuerbefreiung	540
2. Ausnahmen von der Steuerbefreiung	541
3. Sonderregelung beim Zweckbetrieb	542
4. Rechtsfolgen von Satzungsänderungen	542
II. Gewerbesteuer	542
III. Umsatzsteuer	542
1. Die Stiftung als Unternehmer	542
2. Umsatzsteuerbegünstigungen für Stiftungen	543

	Seite
IV. Erbschaft- und Schenkungsteuer	543
1. Steuerfreiheit der Übertragung von Kunstvermögen auf eine gemeinnützige Stiftung	543
2. Steuerfreie Übertragung einer Kunstsammlung nach dem Erbfall	543
V. Grundsteuer, Grunderwerbsteuer	544
D. Die Besteuerung des Stifters	544
E. Steuerliche Vergünstigungen für Förderer von gemeinnützigen Stiftungen	544
I. Spendenabzug	544
1. Grundsatz	544
2. Höhe des Spendenabzugs	545
3. Zustiftungen	545
4. Art der Zuwendungen	545
5. Bewertung der Sachspenden	546
6. Aufwandsspenden	546
7. Zuwendungsbestätigung	546
II. Zuwendungen an Stiftungen im Ausland	546
F. Resümée	547
8. Teil. Zollrecht (Rüskén)	
A. Verfahren bei der Einfuhr von Kunstgegenständen	548
B. Besondere Verfahren ohne Entstehen einer Abgabeschuld	550
C. Abgaben, die bei der Einfuhr erhoben werden können	551
I. Zoll	551
1. Zollfreiheit für Kunst- und Sammlungsgegenstände	551
a) Grundsätzliches	551
b) Grundsätze der Einreihung von Kunstgegenständen	553
c) Einzelheiten der Einreihung von Kunstgegenständen	554
d) Zollfreiheit aufgrund der Zollbefreiungs-Verordnung (sog. außertarifliche Zollbefreiungen)	560
e) Bemessungsgrundlage des Zolls	560
II. Umsatzsteuer	562
1. Umsatzsteuerrechtliche Entstehungstatbestände	562
2. Steuerbefreiungstatbestände	564
3. Bemessungsgrundlage der Einfuhrumsatzsteuer	565
4. Steuersatz	565
D. Die Abgabenerhebung	566
E. Rechtsschutz gegen die Abgabenbescheide	568
I. Rechtsbehelfe gegen den Abgabenbescheid	568
II. Erstattungs- und Erlassanträge	569
III. Aufschiebung der Pflicht zur sofortigen Zahlung der Abgaben	570
Sachregister	573